



AHV und

Arbeitsplätze

statt Aufrüstung!

**Widerstand statt Resignation
wählt**

SAP
SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI

Fritz

Der Kampf gegen

Militarismus ist weltweit

Wie in den dreissiger Jahren steckt der Kapitalismus in einer schweren Krise. Wie damals sucht er den Ausweg in Aufrüstung, Unterdrückung und Krieg.

Jede Minute verhungern in der Dritten Welt über 30 Kinder. Aber die Regierungen der Welt verweigern die paar Rappen zu ihrer Rettung, während sie jede Minute 3 Millionen Franken für die Armeen ausgeben.

Dieser unmenschliche Irrsinn entspricht der Gesetzmässigkeit des kapitalistischen Systems, seine Mittel nur profitbringend einzusetzen. Daher richtet es seine Waffen genau gegen jene, die Hunger und Ausbeutung bekämpfen: in Zentralamerika, Südafrika, Libanon, Türkei...

Militarismus und Unterdrückung gibt es auch in den sogenannt sozialistischen Ländern. Polen und Afghanistan erinnern daran. **Solidarnosc und ihre 10 Millionen Arbeitenden haben den einzigen Weg zum Frieden gezeigt: Ein demokratischer und selbstverwalter Sozialismus, ohne privilegierte, unterdrückende Bürokratenkaste.** Darum unterstützen wir Solidarnosc, wie auch die unabhängige Friedensbewegung im Osten.

In den gemeinwirtschaftlichen Ländern führt Rüstung jedoch weder zu privaten Profiten noch kurbelt sie die Konjunktur an wie im Kapitalismus. Sie lastet vielmehr schwer auf Staatsbudget und Lebensstandard. Nicht die Sowjetunion, sondern die USA und ihre Verbündeten treiben den Rüstungswettlauf voran:

«Die seit dieser Zeit (1950) ununterbrochen aufeinanderfolgenden Wettrüstepisoden der Supermächte begannen stets mit einer meist mehr vermeintlichen als echten Bedrohung der amerikanischen **Überlegenheit**, auf die mit einem Schub äusserst raffinierter waffentechnischer Innovationen reagiert wurde. Dies führte die Sowjetunion zum **Nachvollziehen** derselben Entwicklungen. Dies gelang stets mehr schlecht als recht und mit jahrelanger Verzögerung...» (Hervorhebungen durch uns)

Aus «Neue Zürcher Zeitung» vom 27. Oktober 1982

Auch die geplante atomare «Nachrüstung» der Nato in Europa ist in Wahrheit eine Vorrüstung zur Verstärkung westlicher Überlegenheit. Wie Reagans übrige Superrüstung soll sie die Sowjetunion zu einer aufwendigen Gegenrüstung zwingen, um ihre innen- und aussenpolitischen Probleme zu vergrössern. Atomrüstung hat jedoch ihre eigene Dynamik: Sie vergrössert wesentlich die Gefahr einer Vernichtungs-Katastrophe. **Der Kampf der Friedensbewegungen in den USA und in Europa ist daher entscheidend für die Zukunft der Menschheit!**

Die Schweiz ist an der Spitze!

In der Rangliste der Militarisierung schlägt die kleine Schweiz selbst Grossmächte: sie zählt am meisten schwere Panzer pro Einwohner!

	Panzerzahl	1 Panzer pro
Schweiz	780	8 100 Einwohner
Schweden	650	12 700 Einwohner
Bundesrepublik (BRD)	3 779	16 300 Einwohner
USA	10 500	21 000 Einwohner
Osterreich	270	28 000 Einwohner
Frankreich	1 060	50 000 Einwohner
Grossbritannien	900	62 000 Einwohner

(Quelle: Militärkommission des Nationalrats 1979)

Und da möchten die Offiziere noch 420 weitere Superpanzer für über 3000 Millionen Franken anschaffen!

Unsere Parole für die Nationalratswahlen 1983:

AHV und Arbeitsplätze statt Aufrüstung

ist einerseits wörtlich zu nehmen:

- Rüstungsausgaben schaffen weniger Arbeitsplätze als Staatsausgaben für zivile Dienstleistungen;
- Rüstungsausgaben gehen heute auf Kosten dringender Sozialausgaben.

Wir aber wollen mehr Arbeitsplätze und unter anderem einen Ausbau der AHV.

Darum haben wir die **Volksinitiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben** gerettet, indem wir für sie innert 2 Monaten 30 000 Unterschriften sammelten.

Darum gehören wir zu den Trägern der **Volksinitiative zur Herabsetzung des AHV-**

Rentenalters auf 62 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen, die zur Erhöhung der Lebensqualität und zur Erhaltung der Arbeitsplätze beitragen soll.

Würden die geplanten Panzerbeschaffungen verhindert, so wäre allein dadurch der erhöhte Bundesbeitrag für die Senkung des AHV-Rentenalters finanziert.

Es geht uns aber auch um die internationale Rolle des Schweizer Kapitalismus. Um die Militärausgaben zu erhöhen kürzt er die Entwicklungshilfe. Bühles Pilatus Porter bombardieren die Bauern Guatemalas. Schweizer Banken verdienen am Gold Südafrikas und an Fluchtgeldern von Diktatoren. **Das hört erst auf, wenn das Bankgeheimnis gelüftet, der Waffenexport verboten und die öffentliche Entwicklungshilfe vergrössert wird. Letztere soll vor allem an Länder gehen, die wie Nicaragua um ihre Befreiung aus kapitalistischer Unterentwicklung kämpfen.**

2 Milliarden jährlich allein für Aufrüstung

Kredite im Rekordausmass von 2074 Millionen Franken allein für Rüstungsausgaben hat das Parlament 1983 beschlossen:

- 1392 Millionen für das Rüstungsprogramm 1983
- 456 Millionen für militärische Bauten und Landerwerb – wovon 108 Millionen für den Waffenplatz Rothenthurm!
- 257 Millionen für weiteres Kriegsmaterial, die unter dem Deckmantel «Massnahmen zur Förderung der Beschäftigung» beschlossen wurden. Den Löwenanteil dieser «Arbeitsbeschaffung» hat sich die Firma Bührle-Contraves für eine zweite Serie «Skyguard»-Feuerleitgeräte akquiriert.

Sie weiss, wie man das macht, wurde ihr doch schon die erste Serie solcher Geräte aus einem früheren «Beschäftigungsprogramm»

zugehalten. Was Bührle natürlich nicht daran gehindert hat, in Zürich und bei Hispano-Suiza in Genf zusammen Hunderte von Arbeitende zu entlassen...

Wird auch nur ein Teil der hängigen Forderungsliste der Offiziersgesellschaft erfüllt, so werden die künftigen Rüstungskredite den diesjährigen Rekord noch übertreffen. Dabei geht es wohlgermerkt nur um die Kosten für Material und Bauten. Die wachsenden Unterhalts- und Ausbildungskosten für die komplexen Waffensysteme kommen noch dazu.

Würden die zwei Milliarden Franken jährlich statt für Aufrüstung für nützliche, zivile Zwecke eingesetzt, so ergäben sich beispielsweise folgende Möglichkeiten:

<i>Erhöhung der öffentlichen Beiträge für die Senkung des AHV-Rentenalters auf 62 bzw. 60 Jahre</i>	450 Mio
<i>Erhöhung der Bundessubvention an die Krankenkassen zwecks 10% Prämiensenkung</i>	650 Mio
<i>40-Stunden-Woche für das Bundespersonal = 10 000 neue Arbeitsplätze</i>	550 Mio
<i>Dringende Verbesserungen der Invalidenversicherung</i>	150 Mio
<i>Erhöhung der Entwicklungshilfe</i>	200 Mio

Der obligatorische Erwerbssersatz für Militärdienst wird in der Schweiz nicht dem Militärbudget belastet, sondern als «Sozialversicherung» ausgegeben. Die Lohnabhängigen beider Geschlechter bringen dafür 0,3% ihres Lohnes auf, was 1981 rund 385 Millionen Franken ergab. Ebenso viel zahlen die Unternehmer, die das natürlich unter Lohnkosten buchen.

Wir fordern, dass der Erwerbssersatz dem Militärbudget belastet wird!

Gleichzeitig aber verweigert das Bürgertum eine Mutterschaftsversicherung, die nach dem gleichen System etwa mit 0,6 Lohnprozenten finanziert werden sollte. Das wäre «zu teuer». So unterhält die «Sozialversicherung» die Soldaten, deckt aber nicht alle Kosten, um ein Kind zur Welt zu bringen!

7 Milliarden für die ganze Armee

Gegenwärtig geben Bund und Kantone gegen 4 Milliarden jährlich direkt für die Armee aus, wobei auf den Bund 98% der Ausgaben fallen.

Dazu kommen aber noch gegen 3 Milliarden Franken Aufwendungen der Volkswirt-

schaft, die nicht in den Militärbudgets erscheinen. Der Löwenanteil von über zweieinhalb Milliarden Franken entstammt dem Produktionsausfall für zwölfteinhalf Millionen Dienstage und setzt sich aus Arbeitsplatzkosten, obligatorischem und freiwilligem Erwerbssersatz und weiteren Posten zusammen. Dazu kommen Leistungen von SBB und PTT und andere Aufwendungen (Quelle: Basler Magazin 8.12.79, Zahlen hochgerechnet auf das Jahr 1982).

Hierbei sind aber die Kosten für den Zivilschutz von über 500 Millionen Franken jährlich und die Aufwendungen der obligatorischen und freiwilligen Lagerhaltung durch die Wirtschaft für den Fall gestörter Zufuhren oder den Kriegsfall noch nicht eingerechnet. Letztere werden auf die Konsumenten überwältigt und betragen nochmals um die 500 Millionen Franken jährlich.

Wenn also die Offizierslobby ihre Aufrüstungsforderungen mit dem Argument begründet, die Schweiz gebe kaum mehr als 2% des Sozialprodukts für die «Landesverteidigung» aus, so ist das schlicht gelogen. Die wirklichen Aufwendungen sind doppelt so hoch und viel höher als etwa jene Österreichs für seinen international als genügend anerkannten Neutralitätsschutz.

Rüstung vernichtet Arbeitsplätze

Dass Aufrüstung kurzfristig Arbeitsplätze schaffen und sogar «Wirtschaftswunder» produzieren kann, hat Hitler nach 1933 bewiesen. Der grauenhafte Preis dafür ist bekannt. Der Vietnamkrieg erzeugte ebenfalls eine Hochkonjunktur – und die erste grosse Inflationswelle.

Laut offiziellen Angaben fallen von den 1392 Millionen Franken des Rüstungsprogramms 1983 rund 1000 Millionen auf Beschaffungen im Inland. Sie sollen 2000 Arbeitenden während durchschnittlich 5 Jahren Beschäftigung bieten.

Würden diese 1000 Millionen Franken aber eingesetzt, um **zwecks Arbeitszeitverkürzung** Bahn-, Post- und anderes Bundespersonal zu rekrutieren, so ergäbe das **über 4000 Arbeitsplätze** während 5 Jahren.

1000 Millionen sind nur die Hälfte der gesamten diesjährigen Rüstungsausgaben. Sie würden ausreichen, um **über 4 Jahre die 42-Stunden-Woche oder über 2 Jahre die 40-Stunden-Woche des Bundespersonals zu finanzieren!**

30 000 Bundesbeamte demonstrieren in Bern für die dringend nötige Arbeitszeitverkürzung. Ihnen setzten die bürgerlichen National- und Ständeräte ein starres «Njet» entgegen, weil dafür «das Geld fehle». Das sind die gleichen Räte, die z.B. Geld locker machten, um 800 zusätzliche Saurer-Lastwagen zu kaufen, die selbst nach Meinung des Generalstabs völlig überflüssig sind!

Aber auch ohne Krieg sind die Folgen der Aufrüstung auf die Dauer negativ. Die Aufrüstung erzeugt Inflation, sie absorbiert enorme Ressourcen an Material und an hoch- und höchstqualifizierten Kadern und Arbeitskräften. Ihre technologischen Fortschritte bleiben teils geheim oder sind infolge ihrer Spezialisierung für zivile Produktion nur teilweise auszuwerten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verboten die Siegermächte Japan weitgehend die militärische Produktion. Nicht zuletzt darum machte Japan die raschesten Fortschritte in bezug auf Technologie und Produktivität und weist im Vergleich zu ähnlichen Staaten die geringste Inflation und die niedrigste Arbeitslosigkeit auf.

Staatsausgaben für Aufrüstung schaffen weniger Arbeitsplätze als gleich hohe Ausgaben für zivile Zwecke. Das hat der Uno-Abrüstungsausschuss in jahrelanger Arbeit ein für alle Mal klargestellt.

Bezogen auf die USA gab der Kongressabgeordnete Les Aspins Berechnungen für 1972 bekannt. Danach schafft eine Milliarde Dollars Staatsausgaben in der Rüstungsproduktion 35 000 Arbeitsplätze, im Bauwesen aber 75 000, im Gesundheitswesen 77 000 und im Bildungswesen 100 000. Wie die amerikanische IAM (Internationale Assoziation der Maschinenbauer, entspricht etwa dem hiesigen Smuv) berechnen liess, benötigen Staatsaufträge für zivile Güter selbst in der Maschinenindustrie mehr Arbeitsplätze als Rüstungsaufträge!

«Die Verflechtung in Wirtschaft und Armee ist vielseitig und eng, vorab in Führung, Führungsausbildung und in der Rüstungsbeschaffung.»

**Robert A. Jeker,
ASMZ, Nr. 7/8 1981**

Herr Jeker ist Oberstleutnant im Generalstab, Generaldirektor der Kreditanstalt, und er war an der Verweigerung des Teuerungsausgleichs für das Bundespersonal führend beteiligt!

Dschungel- Krieg um Rüstungs- Profite

Es ist eine Binsenwahrheit, dass die Rüstungsproduktion im Kapitalismus besonders hohe Profite abwirft. Entsprechend bilden die Rüstungsfabrikanten eine mächtige Lobby, die eng mit den Spitzen der Armee verfilzt ist. Selbst der General und spätere Präsident der USA, Eisenhower, warnte die Nation nachdrücklich vor diesem **«militärisch-industriellen Komplex»**, der die Politik gemäss seinen Interessen beeinflusse. Diese Lobby wirkt auch in der Schweiz (siehe Kasten oben).

Die Profite sind keineswegs der einzige Grund, warum die Kapitalisten rüsten. Aber sie spielen eine wichtige Rolle und erklären,

warum für die Aufrüstung immer Geld vorhanden ist, während es für Sozialleistungen angeblich fehlt.

Bei uns trieb das Bürgertum in der Legislaturperiode 1979–83 die Militärausgaben gegenüber der Vorperiode um 35% (!) hinauf, während die Beiträge für die AHV und die Krankenkassen seit 1975 um rund 5 Milliarden gekürzt wurden. Gleichzeitig herrscht unter den privaten Firmen ein wüster Dschungelkrieg um die Militäraufträge, in dem Millionen als Schmiergeld-Provisionen fliessen.

Unvergessen ist der «kalte Krieg» um die Flugzeugbeschaffung in den 50er Jahren, bei dem zuerst das Eidgenössische Flugzeugwerk Emmen, dann die privaten Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein auf der Strecke blieben. Schliesslich wurde ausländisches Material beschafft. Oberstleutnants der Fliegertruppen steckten damals als Vertreter ausländischer Flugzeugfirmen Halbmillionen-Beträge pro Jahr an Provisionen ein.

Dann kam der «Mirage»-Skandal, bei dem allerdings die Untersuchungskommission unter dem CVP-Sauberermann Kurt Furgler nie prüfte, ob und wieweit «Schmierage» im Spiel war.

Später lösten die Panzerskandale den «Mirage»-Skandal ab. Auch sie führten zunächst zum Zurückstufen der Eidgenössischen Konstruktionswerkstätte Thun zugunsten privater Rüstungsfirmen. Die KW-Thun wird jetzt aufgrund eines Gutachtens «redimensioniert», das von Professor Rühle stammt, der – welch ein Zufall! – auch im Verwaltungsrat des Bühle-Konzerns tätig ist.

Eine besondere Rolle im Dschungel-Krieg spielt die Werbe-Agentur des Obersten Farner. Sie ist nämlich eng mit dem privaten «Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrbereitschaft» verbunden: Gegenwärtig ist Major Dominique Brunner gleichzeitig Vizedirektor der Werbe-Agentur und

Sekretär des Vereins. Für den Verein arbeitet auch Brigadier Herbert Wanner, dessen Büro ebenfalls in der Agentur liegt. So können die Interessen der Auftraggeber Farners leicht die patriotische Legitimation des Vereins erhalten, der sich übrigens früher für die Atombewaffnung der Schweizer Armee stark machte.

In letzter Zeit kämpften Brunner und Wanner vor allem für die Eigenentwicklung eines «Neuen Kampfpanzers» (NKP) durch die Firma Bührle-Contraves. Ihr eigentliches Ziel dürften sie erreicht haben: Bührle-Contraves scheint die Regie für den Lizenzbau des «Leopard»-Panzers zu erhalten.

Selbst ein Divisionär konnte dieses patriotisch verbrämte Gerangel nicht mehr schweigend ertragen:

«Ich achte einen jungen Schweizer, der aus ernsthaften Gewissensgründen Probleme hat mit der Waffe, eindeutig mehr als Schweizer, die nur wegen ihres eigenen Portemonnaies für die Landesverteidigung eintreten. Das ist heute meine Grundhaltung.»

**Divisionär Robert Häner,
Basler Zeitung vom 23.6.79**

Dachungel-
Krieg um
Rüstungs-
Profite

Die Produktion der Rüstungs-
industrie im Kapitalismus bedeutet keine
Freie soziale Entwicklung, sondern die
Rüstungsindustrie eine materielle Lobby.
Die Rüstungsindustrie ist ein Teil der
ökonomischen Struktur der Armee, die
sich dem Staat als ein gültiges Element
USA, Frankreich, Japan, die Nation nach-
steht vor diesem militärisch-industriellen
Komplex, der die Politik bestimmen
kann. Der Komplex (The Lobby) wirkt auch
in der Schweiz (siehe Kapitel oben).

Die Profite sind Lebensweg der einzigen
Grund warum die Rüstungsindustrie existiert.
In welchen eine wichtige Rolle und existieren.

Der Siegeswahn

Unter dem Druck der Zürcher Militärindustrie-Lobby beschloss das Parlament 1961 die noch heute gültige Armee-Doktrin, nach der Panzer und Flugzeuge im Mittelland Gegenschläge zu führen hätten. Ihr Ziel hatte Oberstdivisionär Züblin in aller Offenheit ausgesprochen:

«Unser Kriegsziel muss der Sieg sein. Angesichts des Koalitionscharakters, den ein zukünftiger Krieg, in den unser Land einbezogen werden könnte, mit Sicherheit tragen wird, ist nicht einzusehen, warum wir nicht den Sieg erringen könnten.»

*Oberstdivisionär Georg Züblin,
1956*

Mit diesen Worten legte Züblin die Schweiz für einen künftigen Krieg **im Vornherein**, und daher **neutralitätswidrig**, auf ein Bündnis mit der kapitalistischen Nato fest. Dass nur dieses Bündnis gemeint ist, bewiesen die Sieg-Heil-Obersten seit 1945 in allen Manövern, die stets den gleichen und eindeutig bezeichneten «Feind» kannten.

Bei der Beschaffung von Kriegsmaterial und bei der Ausbildung wird die Zusammenarbeit mit Nato-Staaten immer enger und ab 1985 sollen Militärpiloten ganz offiziell einen Teil ihrer Ausbildung auf einem Nato-Flugplatz in Sardinien absolvieren.

Mit Rudolf Friedrich wurde ein ausgesprochener Nato-Freund Bundesrat, doch hatte sich schon vorher auch der «sozialistische»

Bundesrat Aubert vor dem Europarat ausdrücklich mit US-Präsident Reagans fanatischer Aufrüstungspolitik solidarisiert. Wer wundert sich noch, dass einem bürgerlichen Nationalrat in der Juni-Session 1983 ein «Versprecher» passierte, indem er erklärte, die Schweiz gebe **«im Vergleich mit andern Nato-Ländern»** zu wenig für die Armee aus.

In Erwartung des «Sieges» in einem nicht stattfindenden Krieg wachsen die Kosten der Panzer und Flugzeuge, ihres Unterhalts und der Ausbildung ins Unermessliche. Schiess- und Fluglärm beeinträchtigt immer mehr Erholungs- und Tourismusgebiete. Grössere Ausbildungsplätze verschlingen gutes Bauernland und zerstören Naturschutzgebiete und rufen – wie Rothenthurm zeigt – wachsendem Widerstand.

Der Siegeswahn belastet aber nicht nur die Budgets und die Natur. Er zieht alle in Mitleidenschaft. Der Generalstab will die Frauen militarisieren, verstärkt die Disziplinierung der Rekruten, baut die militärische Kontrolle der Bevölkerung aus, befiehlt die Wache mit scharfer Munition.

Die Armee beginnt im Frieden zu zerstören, was sie im Krieg angeblich verteidigen soll!

Gegen Nationalismus und Militarismus

Die schweizerische Armee ist keine Volksarmee. Sie wird hierarchisch von oben durch die Besitzbürger kommandiert und ist ihr Machtinstrument.

«Der Bankier als Oberstleutnant, sein Prokurist mindestens als Hauptmann, der Inhaber mehrerer Hotels als Major, ein starker Mann auf dem Liegenschaftsmarkt oder ein Hochschullehrer, der die Industrie forschend bedient, oder der Besitzer eines Zeitungsverlags, der Besitzer eines führenden Werbe-Büros, der Präsident eines wirtschaftlichen Interessenverbandes usw. als Oberstleutnant, mindestens als Major; ihre Söhne vorläufig als Leutnants: eine Armee der Vaterlands-Besitzer, die sich unsere Armee nennt!»

Max Frisch

Wir bekämpfen diese Armee, wie wir diese Besitzenden bekämpfen:

- Ihre Militär-Sonderjustiz schickt Dienstverweigerer für lange Monate ins Gefängnis. **Abschaffung der Militärjustiz! – Ja, zum Zivildienst!**
- Ihre Offiziere trichtern jungen Arbeitern blinden Gehorsam gegen die Vorgesetzten ein und indoktrinieren die Rekruten mit falschen «Feindbildern», zu denen immer auch streikende Arbeiter gehören. **Wir dürfen die Soldaten nicht der Herrschaft der Militaristen überlassen! Demokratische Rechte für die Wehrmänner!**

- Sie wollen die Frauen der militärischen Disziplin unterstellen, aber verweigern ihnen die elementare Gleichberechtigung in bezug auf Löhne, Ausbildung und Soziale Sicherheit. **Nein zur Eingliederung der Frauen in die Armee! Abschaffung aller geschlechtsbestimmten Benachteiligungen!**

- Sie drücken ein Militärbudget von 4 Milliarden durch, bauen die Sozialausgaben ab und verweigern sogar einen Kredit von einer Million Franken für ein Friedensinstitut als «zu teuer». **Wir verweigern die Zustimmung zu Militärkrediten!**

Unsere Opposition gegen die «Landesverteidigung» heisst auch, dass wir ablehnen, das «Vaterland» der Besitzenden gegen «das Ausland» auszuspielen. Die Schweizer Banken sind Heimat aller Fluchtgelder und aus der Not der Arbeitenden der Dritten Welt herausgepressten Gewinne. Aber die Schweiz verweigert den Opfern der Diktaturen Lateinamerikas, der Türkei und Zaires das Asyl.

Schweizer Trusts schaffen ihre Gewinne aus aller Welt «heim». Aber die öffentliche Entwicklungshilfe ist so karg wie geizig. Die Schweizer Unternehmer haben Hunderttausende ausländischer Arbeitende angeheuert, deren Ausbildung sie nichts kostete, die hier Steuern bezahlen und die man in der Krise oft heimschickt.

Die Immigranten in der Schweiz sind rechtlos und diskriminierenden Polizei-Statuten unterstellt, so dem skandalösen Saisonier-Statut.

Die fremdenfeindlichen Bewegungen begrüssen als erste die Militärkredite und die «Landesverteidigung». Ihnen raubt nur «der Fremde» Arbeitsplatz und Wohnung, nie das Militärbudget. Als gute Wachhunde bellen sie

lauter als ihre Herren. Und diese profitieren davon: Obwohl 300 000 Immigranten heimgeschickt wurden, fahren sie fort, zu entlassen, mit Wohnungen zu spekulieren und der Armee Milliarden zuzuhalten.

Die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter liegen nicht in der «Landesverteidigung», sondern in der gemeinsamen Verteidigung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen durch Schweizer und Immigranten.

Den «nationalen Interessen» der Unternehmer und Militaristen stellen wir die Arbeiter-solidarität entgegen: Für das Asylrecht und für die Unterstützung der Völker der Dritten Welt, die gegen Beherrschung und Ausbeutung kämpfen; für die sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Rechte der immigrierten Lohnabhängigen.

Unmittelbar am wichtigsten ist es, die zerstörerische Aufrüstung zu stoppen. Wir haben die sozialdemokratische Volksinitiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausga-

ben gesichert. Da die Sozialdemokratische Partei der «Landesverteidigung» zustimmt und mit wenigen Ausnahmen allen Militärkrediten zustimmte, fand sie nicht die Kraft, ihre Initiative durchzuziehen, die zudem durch ihre eigenen Würdenträger sabotiert wurde.

Nachdem die Initiative nun zustande kam, gilt es, ohne zu zögern eine breite Front der Arbeiterorganisationen zusammen mit den Friedens-, Frauen- und Umweltschutzorganisationen aufzubauen, damit sie zur Abstimmung gelangt und wir das elementare Recht erhalten, zu den Milliardenprojekten der Militaristen «Nein» zu sagen.

Von 1860 bis 1974 wurde die Armee 68mal für «innere Einsätze» auf Pikett gestellt. Weitere 34mal wurde sie tatsächlich eingesetzt, meist gegen streikende Arbeiter und antifaschistische Demonstranten. Dabei blieben 28 Tote liegen.

Die Arbeitszeit verkürzen!

Linke und bürgerliche Ökonomen sind sich in einem Punkt einig: In den kapitalistischen Ländern nimmt die Arbeitslosigkeit in der Tendenz weiter zu, selbst wenn kurzlebige Konjunkturaufschwünge sie mildern.

Umstellung von Aufrüstung auf aufbauende Produktion schafft zwar Entlastung: **Jede Million Franken, die statt für Rüstung für zivile Zwecke ausgegeben wird, erhält 5–10 Arbeitsplätze.** Um allen Arbeit zu sichern, ist jedoch zusätzlich eine bedeutende **Verkürzung der Arbeitszeit** notwendig. Sie ist notwendig auch als Kompensation für den zunehmenden Stress am Arbeitsplatz und zur Hebung der Lebensqualität.

Ferienverlängerung und Senkung des Pensionsalters sind dabei wichtige Ziele, für die wir uns einsetzen. Noch wichtiger ist indessen die Senkung der **täglichen Arbeitszeit**, die Wiedereroberung des **8-Stunden-Tages** in der 40-Stunden-Woche und anschliessend der Kampf für den **7-Stunden-Tag in der 35-Stunden-Woche**, wie sie der Europäische Gewerkschaftsbund anstrebt.

Immer mehr Lohnabhängige sind heute am Abend so müde, dass sie kaum mehr am gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können und Wochenende und Ferien nur noch zum Ausruhen benötigen. Kürzere Tagesarbeit **ohne Verschärfung des Arbeitstempos** ist daher ein

ganz entscheidendes Ziel. Was nützt uns denn z.B. eine noch frühere Pensionierung, wenn wir sie halb-invalid erreichen?

Gesündere Arbeitsplätze erkämpfen

Eine offizielle Untersuchung hat bestätigt, was das fahrende Personal der Bahnen seit langem vorbrachte: die Arbeitsbedingungen dieser Bähnler sind nur für die unter 40jährigen «gerade noch ertragbar», für die Älteren unerträglich und Ursache zahlreicher Frühpensionierungen.

Das ist nur die Spitze eines Eisbergs vom stillen körperlichen und seelischen Verschleiss ungezählter Lohnabhängiger durch gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen. Wir werden heute älter dank besserer Nahrung, Wohnung und Hygiene sowie grossen Fortschritten der Medizin. Aber wir werden nicht gesund alt wegen der Zunahme schädlicher Umwelteinflüsse wie Luftverschmutzung, Lärm, Gifte, Stress aller Arten. Darüber wird heute viel geredet, aber wenig dagegen getan.

Völlig zu kurz kommt der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, wo sich manche schädlichen Einflüsse konzentrieren und die abhängige Stellung, monotone Arbeit, Angst um den Arbeitsplatz usw. die Gesundheit untergraben. Arbeiterinnen und Arbeiter sterben daher auch früher als Unternehmer, Kaderleute, Beamte, Lehrer oder Hausfrauen.

Die Massnahmen der Suva gegen Unfälle und Berufskrankheiten erfassen nur einen

Teil der Schädigungsfaktoren und sie werden erst noch gegen die Profitbedürfnisse der Unternehmer viel zu wenig durchgesetzt.

Die Lohnabhängigen müssen sich daher selbst, mit Hilfe der Gewerkschaften, für ihre Gesundheit wehren. Dazu brauchen sie auch staatliche Unterstützung. In jeden Betrieb gehört gesetzlich ein Verantwortlicher oder eine Kommission für Gesundheitsschutz, die von der Belegschaft gewählt werden. Zudem muss landesweit ein von den Unternehmern unabhängiger, arbeitsärztlicher Dienst aufgebaut werden, der den Belegschaften zur Verfügung steht und auch Massnahmen vorschlagen und durchsetzen kann.

Vollwertiger Erwerbs- ersatz und Umschulung für Arbeitslose

Auch die nächstes Jahr in Kraft tretende Arbeitslosenversicherung ist auf die Bedürfnisse der Unternehmer nach billigen und willigen Arbeitskräften ausgerichtet. Ungenügender Lohnersatz, zweimalige Senkung der Tagelöhner nach 85 und 170 Tagen, schikanöse Pflicht zum Stempeln und zum Nachweis der Arbeitssuche: das alles hat den Zweck, die Arbeitslosen zur Annahme schlechter und schlecht bezahlter Arbeit zu zwingen. So wird mit der Zeit das Lohnniveau gesenkt, was **alle Lohnabhängigen** trifft. Die Unternehmer aber benützen die Teilarbeitslosigkeit, um ihre Lohnkosten zu senken.

Wir treten ein für vollen Lohnersatz bis gleichwertige Arbeitsplätze vermittelt werden können. Die Arbeitsämter sollen aus Kon-

trollstellen zu Stellen der Information und Hilfe werden, auch in bezug auf Umschulungsmöglichkeiten, die immer wichtiger werden.

Die von uns anfangs Jahr eingereichte **Volksinitiative für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung** würde Bund und Kanton verpflichten, genügend Ausbildungsstätten zu errichten. Die Arbeitsämter müssten die Umschulung auf Wunsch jederzeit, und nicht willkürlich erst bei unmittelbar drohendem Stellenverlust bewilligen wie heute.

Soziale Sicherheit für alle

Ausser der Arbeitslosenversicherung weisen auch andere Zweige der Sozialversicherung schwere Mängel auf, weil sie vom Bürgertum gemäss seinen Interessen gestaltet wurden. Mit dem Hinweis auf die zunehmende Zahl von Betagten und den damit zunehmenden Kosten für Alters- und Krankenvorsorge verweigern die Herrschenden zudem jede Verbesserung.

Der Aufwand für Soziale Sicherheit scheint tatsächlich beträchtlich und beträgt heute allein für die Alters- und Hinterlassenenvorsorge ein Sechstel des Inlandprodukts. Verschwiegen wird aber, dass der Aufwand viel höher ist als die Versicherungsleistungen, weil durch die Pensionskassen und die Privatversicherungen jährlich Milliarden verwirtschaftet werden.

Wir kämpfen für ein System der Sozialen Sicherheit, das sozial und solidarisch finan-

ziert, kostengünstig verwaltet sowie ohne private Bereicherung durchgeführt wird. So wird auch ein Ausbau ohne zusätzliche Kosten möglich.

Heute entsprechen allein die **AHV- und Invalidenversicherung** weitgehend allen drei Forderungen. Sie erheben prozentual gleiche Beträge bis zu den höchsten Arbeitseinkommen; bei den Renten aber erhält ein Top-Manager die gleiche Maximalrente wie ein gut bezahlter Arbeiter. Dadurch zahlen Grossverdiener an die Renten der Kleinverdiener mit, die höher sind, als es versicherungstechnisch ihren Beiträgen entsprechen würde.

Im weiteren arbeiten AHV und IV nach dem **Umlageverfahren**, d.h., die eingegangenen Beiträge werden wieder als Renten ausbezahlt. Das ergibt geringe Verwaltungskosten (bei der AHV um 2%) und die Möglichkeit, die Renten der Teuerung anzupassen, weil auch Löhne und Beiträge entsprechend steigen. Pensionskassen und private Lebensversicherungen stocken dagegen die Beiträge/Prämien zu einem Deckungskapital auf, aus dessen Zinsen dereinst die Renten bezahlt werden. Das gibt hohe Verwaltungskosten, hohe Versicherungsprofite und hohe Inflationsverluste der Deckungskapitalien.

1980 waren Inflationsverluste bei den Pensionskassen um 1,8 Milliarden Franken höher als die Zinseingänge! Auch nach Inkrafttreten des Pensionskassen-Obligatoriums (2. Säule) werden die Renten für gleich hohe Beiträge bei den Pensionskassen für Durchschnittsverdiener kaum mehr als 60% der AHV-Renten ausmachen.

Krass unsozial finanziert ist die «soziale Krankenversicherung»

Weil die Krankenkassen nicht obligatorisch sind, müssen sie Kopfprämien entsprechend dem Krankheitsrisiko erheben, die für Frauen

und Ältere höher sind – können sie von den Reichen nicht höhere Prämien erheben, da diese zur Privatversicherung abwandern würden. Versicherungsvorbehalte, Selbstbehalte und Franchisen belasten gerade die Krankheitsanfälligen am meisten.

Bundesbeiträge an die Krankenkassen und hohe kantonale Subventionen an die Spitäler kompensieren diese unsoziale Finanzierung teilweise. Doch gerade bei diesen zwei Posten hat das Bürgertum seiner Sparwut freien Lauf gelassen, was zu immer untragbareren Prämien erhöhungen führt.

Die Prämien wachsen weiter. Denn beim bestehenden Gesundheitswesen bestimmen jene weitgehend die Kosten, deren Einkommen und Gewinne mit dem Wachstum dieser Kosten zunehmen: Die Ärzte mit durchschnittlichen Netto-Einkommen von über 200 000 Franken pro Jahr, die Hersteller von Spitalbauten und medizinischen Apparaten, die Pharma-Industrie.

Das muss geändert werden. Besonders dringend sind die folgenden Forderungen:

Ausbau der AHV

Senkung des Rentenalters auf 62 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen **ohne Rentenkürzung**, wie es unsere Initiative anstrebt. Nach Verwirklichung dieser Forderung muss das Rentenalter 60 für beide Geschlechter durchgesetzt werden. Diese Lösung ermög-

licht auch den flexiblen Altersrücktritt ohne untragbare Renteneinbusse.

Selbständiger Rentenanspruch für die Ehefrauen

Leichte Erhöhung der obern, kräftige Erhöhung der untern Renten, um die ungenügenden Leistungen der 2. Säule (obligatorische Pensionskassen) auszugleichen. Einführung einer **eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer auf hohen Vermögen zur Finanzierung des AHV-Ausbaus.**

Umbau der 2. Säule

Voller Lastenausgleich zwischen den Pensionskassen und dadurch möglicher, weitgehender Übergang zum **kostengünstigen Umlageverfahren.** Ausrichtung der 1972 versprochenen Leistungen an die seither «geopferte» Eintrittsgeneration.

Arbeitsplätze und höhere IV-Renten für Behinderte

Renten für Behinderte

Die Behinderten sind Opfer der Krise auf dem Arbeitsmarkt und zusätzlich Opfer schäbiger Sparmassnahmen der IV.

Nötig ist eine **gesetzliche Verpflichtung** für alle öffentlichen und privaten Betriebe und Verwaltungen, einen bestimmten Prozentsatz **Behinderte zu beschäftigen.**

Bei der IV sind die Renten vor allem für die Geburts- und Frühinvaliden zu verbessern. Dringend ist die von allen Seiten geforderte Einführung von mindestens 5 Rentenstufen anstelle der jetzigen Grobabstufung von halben und ganzen Renten, die zu absurden Ungerechtigkeiten führt.

Krankenversicherung

Die gesenkten Bundesbeiträge an die Krankenkassen sind sofort auf Kosten der Rüstungsausgaben wieder zu erhöhen. Anstelle des geplanten Revisions-Flickwerks ist eine **obligatorische, allgemeine Krankenversicherung** einzuführen, die mit Lohnprozenten nach dem AHV-System, statt mit Kopfprämien finanziert wird, die Zahnpflege einschliesst und die Kostenbeteiligung der Patienten abschafft.

Keine Sparmassnahmen auf Kosten der Patienten und des Spitalpersonals, sondern Einführung eines Ärzttarifs (z.B. Pauschale), der dem «Überärzten» Einhalt gebietet.

Langfristig ist unser Ziel ein für die Patienten unentgeltlicher öffentlicher Gesundheitsdienst mit einem ausgebauten Sektor für vorbeugende und Arbeitsmedizin, der auf **Gesundheitserhaltung statt Krankheitspflege** ausgerichtet ist.

Mutterschafts-Schutz als Beispiel

Nächstes Jahr kommt die **Volksinitiative für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft** zur

Volksabstimmung. Sie fordert einerseits elementare, längst fällige Verbesserungen wie die Verlängerung des Mutterschafts-Urlaubs auf 16 Wochen, die Ausdehnung des Kündigungsschutzes auf die gesamte Dauer der Schwangerschaft und des Mutterschafts-Urlaubs. Diese will auch der Bundesrat mit der Revision der Krankenversicherung einführen. Zusätzlich aber fordert die Initiative einen Elternurlaub mit Kündigungsschutz, der wie der Erwerbsersatz während des Mutterschafts-Urlaubs solidarisch nach dem AHV-System finanziert wird. Auch soll die Versicherung selbständig werden, da Mutterschaft keine Krankheit ist.

Das wollen weder der Bundesrat noch die patentierten Familienschützer. Dagegen ist es – nicht zuletzt dank unsern Bemühungen –

gelingen, um die Initiative eine breite Einheit der Arbeiter- und der Frauenbewegung aufzubauen, die beispielhaft auch für andere Kämpfe werden kann.

Wer diese Forderungen vorantragen und Arbeit, Gesundheit und Soziale Sicherheit verteidigen will – wählt Kandidatinnen und Kandidaten der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) in den Nationalrat!

**Wo
ist die
SAP
anzutreffen?**

Postfach 554 5001 Aarau
Postfach 1134 5401 Baden
Postfach 4002 Basel
Postfach1221 3001 Bern

Postfach 13 2500 Biel 4
Case postale 829
2300 La Chaux-de-Fonds
Case 485 1400 Yverdon
Case 28 1700 Fribourg 6
Case 858 1211 Genève 3
Case 592 1000 Lausanne 17
CP 2400 6901 Lugano
Postfach 252 6000 Luzern 6
Case 1532 2002 Neuchâtel
Postfach 461 4601 Olten
Postfach 2269
8200 Schaffhausen
Postfach 476
8401 Winterthur
Postfach 2239 6300 Zug 2
Postfach 299 8031 Zürich